

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Detlef Ehlebracht,
Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski (AfD)**

**Betr.: Ausstellung: „Deutsche aus Russland – Geschichte und Gegenwart“ im
Hamburger Rathaus präsentieren**

In einer Pressemitteilung vom 15. November 2019 berichtete der Rheinland-Pfälzische Landtag über den Beginn einer Ausstellung über die Russlanddeutschen. Die am 13. November von Landtagspräsident Hendrik Hering (SPD) eröffnete Informationsveranstaltung trägt den Titel „Deutsche aus Russland – Geschichte und Gegenwart“ und soll den Bürgern die ebenso bewegte wie entbehnungsreiche Geschichte jener Deutschen näherbringen, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Aussiedler beziehungsweise Spätaussiedler¹ aus der ehemaligen UdSSR in die Bundesrepublik kamen.

Tatsächlich ist heute kaum bekannt, dass die Geschichte der Russlanddeutschen mit einem Manifest Katharinas der Großen vom 22. Juli 1763 begann, in welchem die als deutsche Prinzessin geborene Zarin ihre Landsleute mit folgenden Worten nach Russland einlud: „Damit aber die Ausländer, welche sich in unserem Reiche niederzulassen wünschen, gewahr werden müssen, wie weit sich Unser Wohlwollen zu ihrem Vorteile und Nutzen erstreckt, so ist dies unser Wille: Gestatten Wir allen in Unser Reich ankommenden Ausländern, unversehrt die freie Religions-Übung nach ihren Kirchensatzungen und Gebräuchen; denen aber, welche nicht in den Städten, sondern auf unbewohnten Ländereyen sich besonders in Colonie oder Landflecken nieder zu lassen gesonnen sind, erteilen Wir die Freyheit, Kirchen und Glockentürme zu bauen, und dabey nöthige Anzahl Priester und Kirchendiener zu unterhalten.“²

Infolge des Siebenjährigen Krieges (1756 – 1763), der die süd- und mitteldeutschen Staaten stark verheerte, folgten Tausende Familien dem Ruf der Zarin, wodurch zwischen 1764 und 1862 nennenswerte deutsche Kolonien in Bessarabien, Wolhynien, der linksufrigen Ukraine, an der Wolga, auf der Krim sowie im nordkaukasischen Vorland entstanden. Während dieser Zeit erlebten vor allem die im Wolgagebiet lebenden Deutschen eine Blütezeit, die am 6. Januar 1924 in die Gründung einer eigenen autonomen Republik (russisch: Avtonomnaja Socialističeskaja Respublika Nemcevo Povolž'ja) mündete. Gleichwohl war der in den 1930er-Jahren schwelende Konflikt zwischen Berlin und Moskau dafür verantwortlich, dass sich die deutsche Bevölkerung immer schärferen Repressionen ausgesetzt sah. Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 war ihr Schicksal schließlich besiegelt: In einem Dekret des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 wurde die gesamte deutsche Bevölkerung der Kollaboration erklärt und nach Zentralasien und Sibirien deportiert. Gemäß der Volkszählung von 1939 waren davon wenigstens 1 427 232 Menschen betroffen, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 0,8 Prozent entsprach.³

¹ Als Spätaussiedler bezeichnet man jene Deutschen, die nach dem 31. Dezember 1992 aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik einwanderten. Vergleiche Drs. 21/19253.

² Vergleiche Manifest der Zarin vom 22. Juli 1763.

³ Vergleiche Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 goda. Osnovnye itogi. Moskau: Nauka. 1992.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und mit zunehmender Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion kam es schließlich zu einer massiven Rückwanderung nach Deutschland. Diese gewann insbesondere durch die von Gorbatschow initiierte Reformpolitik sowie durch den Fall des Eisernen Vorhangs an Fahrt. Einer Statistik des zuständigen Bundesministeriums zufolge sind im Zeitraum von 1950 bis 2012 insgesamt über 2,3 Millionen Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion als Aussiedler oder Spätaussiedler in die Bundesrepublik eingewandert.

Auch in der Freien und Hansestadt Hamburg haben viele von ihnen eine neue Heimat gefunden. Schätzungen gehen davon aus, dass heute circa 80 000 Russlanddeutsche in unserer Stadt leben. „Die Mehrheit der Russlanddeutschen ist inzwischen gut integriert und steht für ein Beispiel der gelungenen Wiedereingliederung in Deutschland“, schreibt die Landtagsverwaltung von Rheinland-Pfalz. Betrachtet man sich das Wirken und Arbeiten der Russlanddeutschen und Spätaussiedler in Hamburg, kann sich unsere Stadt dieser Einschätzung anschließen.

Ferner ist festzustellen, dass die Russlanddeutschen einen beachtlichen Teil der Bevölkerung Hamburgs darstellen. Die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat geförderte und von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. konzipierte Wanderausstellung „Deutsche aus Russland – Geschichte und Gegenwart“ gewährt intime Einblicke in die Geschichte dieser Menschen. Um diese einem möglichst großen Publikum zugänglich zu machen, sollte die Wanderausstellung im Jahr 2020 oder 2021 auch in der Rathausdiele präsentiert werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Die Ausstellung „Deutsche aus Russland – Geschichte und Gegenwart“ soll im Hamburger Rathaus gezeigt werden. Daher mögen sich Senat und Bürgerschaftspräsidium verständigen, dass im Jahr 2020 oder 2021 die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat geförderte und von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. entwickelte Ausstellung im Hamburger Rathaus präsentiert wird. Hamburger Bezüge können/sollten in Absprache mit allen Beteiligten in die Ausstellung aufgenommen werden.